

37. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 8. Dezember 2010, 14:15 Uhr bis 16:35 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Marina Garzotto (SVP)

Protokollführung: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|----------------------------|--|------------|
| 1. | Mitteilungen | | |
| 2. | 2010/180 | Vormundschaftsbehörde, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Rita Sulser (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014 | |
| 3. | 2010/484 * | Weisung vom 24.11.2010:
Volkshausstiftung, Verzicht auf Rückforderung eines Darlehens | FV |
| 4. | 2010/493 * | Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Weberstrasse 5, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit | VHB |
| 5. | 2010/494 * | Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Provisorische Schulanlage Ruggächer, Mühlackerstrasse, Quartier Affoltern, Erweiterung um drei Pavillons und eine provisorische Turnhalle, Erhöhung des Objektkredits | VHB
VSS |
| 6. | 2010/495 * | Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistenzdienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss | PV
VHB |
| 12. | 2010/393 | Weisung vom 15.09.2010:
Voranschlag (Budget) 2011 | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Ratspräsidentin gibt bekannt, dass TOP 7 bis 11 von der heutigen Tagliste abgesetzt sind.

Dr. Ueli Nagel (Grüne) beantragt die Absetzung von TOP 35 (GR-Nr. 2009/424) und TOP 36 (GR-Nr. 2009/425).

Mauro Tuena (SVP) stellt den Gegenantrag.

Der Rat lehnt den Antrag von Dr. Ueli Nagel (Grüne) mit 34 gegen 47 Stimmen ab.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung wird keine sprachliche Korrektur vorgenommen.

0838. 2010/514 Erklärung der AL-Fraktion vom 08.12.2010: Planung Stadtraum HB Nord - Europaallee

Namens der AL-Fraktion verliest Niklaus Scherr (AL) folgende Fraktionserklärung:

Don't do it again, André

Am vorletzten Montag haben SBB und Stadt Zürich den Quartierbewohnerinnen und –bewohnern die Pläne für den „Stadtraum HB Nord“ längs der Zollstrasse vorgestellt. Die Proteste gegen das, was Stadt und SBB an der Europaallee angerichtet haben, waren an dieser Versammlung so einhellig, dass selbst die städtische Chefplanerin zugeben musste, dass die „Europaallee“ zwar dem neoliberalen Zeitgeist entsprochen habe, man heute aber nicht mehr so planen würde.

Ende Woche flatterte uns allen die SBB-Postille „Europaallee-Journal 2“ ins Haus. Darin verkündet die SBB vollmundig, die Europaallee „wird zu einem lebendigen, gut durchmischten Stadtteil“. Ganz im Gegensatz zur Skepsis seiner – sozialdemokratischen – Chefplanerin stimmt André Odermatt in seinem Editorial kritiklos in die SBB-Euphorie ein: „Die Stimmbevölkerung“ – so Odermatt wörtlich – „hatte dem Gestaltungsplan für die Europaallee mit grosser Mehrheit zugestimmt, im Vertrauen darauf, dass sorgfältig und mit Rücksicht auf die Menschen gebaut wird. Mit der gleichen Sorgfalt werden wir die Auswirkungen des neuen Stadtteils auf das bestehende Quartier beobachten, denn der Kreis 4 soll auch mit seinem neuen Teil der Kreis 4 bleiben.“

Falls es noch nicht bis ins Amtshaus am Lindenhof durchgedrungen sein sollte, helfen wir gerne nach. Der Kreis 4 mag für Shopper, Partyleute und Freier etwa noch so aussehen wie früher. Für die Bewohnerinnen und Bewohner – oder die, die noch da sind – tut er das längst nicht mehr. Falls sie sehenden Auges durchs Quartier gingen, könnten Stadtrat Odermatts „sorgfältige“ BeobachterInnen heute schon berichten, dass die bisherigen Bewohnerinnen und Bewohner vertrieben werden, damit es Platz gibt für die Neuen, für die Zahlungskräftigen, die 3 – 4'000 Franken für eine Mietwohnung oder anderthalb bis zwei Millionen für ein „pieds-à-terre“ hinblättern können. Auch der heldenhaft erkämpfte Wohnanteil des Stadtraums HB materialisiert sich in Form von Business-Apartments, Luxus-Eigentumswohnungen, einer Seniorenresidenz für „gehobene Ansprüche“ und einem trendigen 25-hours-Hotel.

Die AL ersucht André Odermatt und seine Stadtrats-Gspänli nachdrücklich, sich vor allfälligen weiteren PR-Auftritten in SBB-Broschüren an die Aufträge zu erinnern, die ihnen der Gemeinderat erteilt hat: Mit dem volkseigenen Betrieb und städtischen Grossgrundbesitzer SBB Tacheles zu reden. Sich ohne Wenn und Aber dafür einzusetzen, dass die SBB bei der Umnutzung von Bahnbrachen das kommunale Interesse an zahlbaren Wohn- und Gewerberäumen vorrangig berücksichtigt. Die jetzt zur Neunutzung anstehenden Areale sind den Bundesbahnen seinerzeit für Eisenbahnnutzungen und nicht für Immobilienspekulationen zur Verfügung gestellt worden. Auf den acht Hektaren der Europaallee hat die SBB den Maximalprofit abgeschöpft. Auf anderen SBB-Arealen – so an der Zollstrasse, beim Güterbahnhof und im Areal Reparaturwerkstätten/Letzibach – sind jetzt angemessene Reparationsleistungen zugunsten der Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher fällig. Hic Stadtrat, hic salta!

G e s c h ä f t e

- 0839. 2010/180**
Vormundschaftsbehörde, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Rita Sulser (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014
- Es wird gewählt:
- Eva Naegeli-Kober (FDP), Wiesliacher 47, 8053 Zürich
- Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte
- 0840. 2010/484**
Weisung vom 24.11.2010:
Volkshausstiftung, Verzicht auf Rückforderung eines Darlehens
- Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 6. Dezember 2010
- 0841. 2010/493**
Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Weberstrasse 5, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit
- Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 6. Dezember 2010
- 0842. 2010/494**
Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Provisorische Schulanlage Ruggächer, Mühlackerstrasse, Quartier Affoltern, Erweiterung um drei Pavillons und eine provisorische Turnhalle, Erhöhung des Objektkredits
- Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 6. Dezember 2010
- 0843. 2010/495**
Weisung vom 26.11.2010:
Immobilien-Bewirtschaftung, Bürogebäude Schaffhauserstrasse 26, Miete zusätzlicher Räume und Ausbau für Zwecke der Stadtpolizei, Polizeilicher Assistenzdienst/Verkehrsdienst, Kreditbeschluss
- Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 6. Dezember 2010
- 0844. 2010/393**
Weisung vom 15.09.2010:
Voranschlag (Budget) 2011
- Beratungsgrundlagen:
- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 15.09.2010
 - Produktgruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 15.09.2010

- Novemberbrief vom 10.11.2010
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 29.11.2010
- Anträge der RPK vom 29.11.2010, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Stellung.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 0845 – 0851)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

0845. 2010/515

Erklärung der SP-Fraktion vom 08.12.2010: Voranschlag (Budget) 2011

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Solide Finanzpolitik statt verantwortungsloser Verweigerungshaltung

Die sozialdemokratische Fraktion steht ein für eine realistische und umsichtige Finanzpolitik. Noch zu Beginn der 1990er Jahre galt Zürich als sogenannte AAA-Stadt, als Stadt, in der nur noch Alte, Arme und Ausländer wohnen und als Stadt mit riesigen finanziellen Problemen. Heute, zwanzig Jahre später, beschäftigen wir uns eher mit den Schattenseiten des Erfolgs, mit dem Bevölkerungswachstum und dem ausgetrockneten Wohnungsmarkt.

SVP, FDP, CVP, EVP und GLP gefährden mit ihrem Rückweisungsantrag, der in einem Jahr 220 Millionen kürzen will, mutwillig diese Erfolgsgeschichte. Denn von 8 Milliarden des städtischen Budgets sind 1,6 Milliarden überhaupt beeinflussbar. Diese Summe um 220 Millionen Franken zu verringern, ist kein Kinderspiel. Klar ist: Eine Kürzung der Ausgaben in diesem Umfang wird für die Stadtbevölkerung spürbare Folgen haben. Der freisinnige Finanzvorstand Martin Vollenwyder hat denn auch schon angedeutet, welche Auswirkungen der bürgerliche Schnellschuss haben könnte. Das Personal wird Abstriche machen müssen, Grossprojekte wie Stadion und Kongresshaus können nicht oder erst später realisiert werden. Der Ausbau der Kinderbetreuung wird gestoppt, die Beiträge werden erhöht. Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft müssen warten, die Stadtspitäler und die Polizei müssen auf Personal verzichten. All dies ohne Not.

Wer Leistungen kürzen will, muss auch die Verantwortung dafür übernehmen – doch davor drücken sich die bürgerlichen Parteien. Denn es ist allen klar, dass sie selbst sich nicht annähernd im geforderten Umfang auf konkrete Kürzungen einigen könnten. Dies sieht man bereits im abstimmungsverhalten in der RPK. Die SVP will mehr Polizisten, die FDP wohl nicht auf das Kongresshaus verzichten, die Grünliberalen wollen beim öffentlichen Verkehr und bei Investitionen in die 2000-Watt-Gesellschaft mehr ausgeben, CVP und EVP haben schon verlauten lassen, beim Personal solle nicht gespart werden. Weil sich diese Parteien nicht einigen konnten, auf welche Stellen und auf welche Leistungen künftig verzichtet werden soll, wollen sie die Verantwortung an den Stadtrat abschieben. Wer so vorgeht, handelt unverantwortlich, inkompetent und verweigert sich der politischen Arbeit.

Das heutige Trauerspiel ist auch vollkommen unnötig. Denn anders als die Rückweisungskolalition behauptet, hat die Stadt Zürich kein strukturelles, sondern ein konjunkturelles Defizit. Genau hierfür verfügt die Stadt Zürich ja über ihr – genügend grosses – Eigenkapital. Angesichts der finanzpolitischen Schwarzmalerei dieser Tage sei daran erinnert: Die Stadt Zürich konnte neun Jahre lang konstant Überschüsse ausweisen, hat über drei Milliarden Franken Schulden abgebaut sowie einen Bilanzfehlbetrag von minus anderthalb Milliarden Franken aus dem Jahr 1998 in ein Eigenkapital von fast einer Milliarde Franken per Ende 2007 umgewandelt. Die Investitionen wurden auf hohem Niveau gehalten, was dem Gewerbe jährlich Aufträge im Wert von durchschnittlich 700 Millionen Franken einbrachte. Die Stadt konnte den Nachholbedarf vor allem bei den Schulhäusern und Strassensanierungen aufholen, das Stadion Letzigrund aus eigener Kraft bauen, die Angebote im Bereich Kinderbetreuung stark ausbauen, die Kultur fördern, für 115 Millionen Franken Wohnbauaktionen für die Stadtbevölkerung durchführen sowie massive Investitionen in erneuerbare Energien, ein Glasfasernetz und eine neue Tramlinie vorantreiben. Im gleichen Zeitraum konnte die Stadt Zürich den Steuerfuss in drei Schritten um elf Prozentpunkte senken und der Bevölkerung die Millionen-Gewinne des EWZ zurückerstatten. Tatsächlich gibt es ein Ausgaben- und ein Stellenwachstum in der Stadt Zürich. Das hat aber vor allem mit dem Bevölkerungswachstum zu tun und mit neuen Leistungen, die vom Volk oder vom Parlament beschlossen wurden. Der Ausbau der Kinderbetreuung ist beispielsweise auf den Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Kinderbetreuung konkret“ zurückzuführen und auf das neue Volksschulgesetz, beide Vorlagen wurden vom Volk angenommen.

Das finanzpolitische Hauptproblem der Stadt Zürich ist die bürgerliche Politik der leeren Kassen. Jede Leistungskürzung bei Bund und Kanton geschieht nach dem Motto „den Letzten beissen die Hunde“. Was dort

„eingespart“ wird, wird in der Regel – wie beispielsweise bei der Sanierung der Arbeitslosenversicherung – bloss an die nächsttiefere Ebene verschoben. Dazu kommt ein rigider Einnahmentzug auf Raten: Abschaffung der Erbschafts- und Handänderungssteuer, Halbierung der Kapitalsteuer, Senkung der Gewinnsteuern, Halbierung der Dividendenbesteuerung. Diese Steuersenkungen haben allein die Stadt Zürich bisher 300 Millionen Franken wiederkehrende jährliche Einnahmen gekostet. Weitere geplante Steuerausfälle, wie die Abschaffung der höchsten Progressionsstufe, die Senkung der Grundstückgewinnsteuer, die Verrechenbarkeit der Gewinn- mit der Kapitalsteuer oder die Schlechterstellung der Stadt im Finanzausgleich (Referendum JSVP, JFDP und Bund der Steuerzahler) wollen die kommunalen und kantonalen Finanzen gezielt schwächen. Diese einseitige Begünstigungs-Politik lehnen wir entschieden ab. Im Interesse der Bevölkerung und unserer Stadt.

0846. 2010/513
Erklärung der SVP-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Katastrophale stadträtliche Budgetierung ohne Weitsicht

Einmal mehr, und das in Serie, ist das vom rot/grünen Stadtrat diesem Parlament vorgelegte Budget für die Stadt Zürich tief rot. Das ist für die SVP inakzeptabel. Im Klartext heisst das, dass der Voranschlag Einnahmen von 7,85 Milliarden Franken und Ausgaben von 8,07 Milliarden Franken vorsieht. Damit budgetiert die Exekutive bewusst ein Defizit von 219,8 Millionen Franken. In der heutigen, unsicheren Zeit eine fatale, gefährliche und völlig verantwortungslose Entscheidung! Den Steuerertrag schätzt der Finanzvorsteher auf 2,37 Milliarden Franken. Allein die Personalkosten liegen mit budgetierten 2.51 Milliarden Franken höher als die Steuereinnahmen. Das sind im übrigen 3 Prozent mehr als noch 2010. Wenn man nach dem stadträtlichen Vorschlag ginge, würde auch das Eigenkapital abermals schrumpfen. Ende 2011 würde es noch bei lapidaren 400 Millionen Franken liegen. Auch der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei gefährlichen 24,7 Prozent, und das bei einem Sollwert von 60 - 70 Prozent.

Schaut man die Budgetentwicklung in den letzten 8 Jahren etwas genauer an, ergibt sich ein verheerendes Bild: Während der Steuerertrag in etwa immer gleich hoch blieb, nämlich bei ca. 2,3 Milliarden Franken, stiegen sowohl Personal- (+ 36 Prozent) wie auch Sachaufwand (+ 41 Prozent) massiv an. Um dies einigermaßen auszugleichen, wurden einfach Abgaben und Gebühren mit + 29 Prozent drastisch erhöht. Die Nettoschulden stiegen gar um 96 Prozent auf 3.56 Milliarden Franken an. Zu was das führt, sehen wir zurzeit innerhalb Europa deutlich.

Diese Misswirtschaft kann und will die SVP nicht akzeptieren. Für uns ist ein solches Budget verantwortungslos, ohne Weitsicht, ja geradezu fahrlässig. In einer solchen finanzpolitisch unsicheren Situation wie wir uns heute befinden, muss der Voranschlag eines Gemeinwesens mindestens ausgeglichen sein. Das noch knapp vorhandene Eigenkapital darf unter keinen Umständen angerührt werden. Im Gegenteil, es sollte gar vermehrt werden.

Die SVP hat in den letzten Jahren anlässlich jeder Budgetberatung im Gemeinderat vor fatalen Fehlentwicklungen dieser Art gewarnt. Entsprechende, bis ins kleinste Detail ausgearbeitete und fundierte Kürzungsanträge der SVP mindestens in der Grössenordnung der jeweils budgetierten Defizite, wurden seitens rot/grün zum Teil mit viel Hohn und Spott immer abgelehnt. Zusätzlich wurden noch eigene Begehrlichkeiten neu in die jeweiligen Voranschläge aufgenommen. So stieg der Fehlbetrag Jahr für Jahr zusätzlich an.

Aus diesem Grund wird die einstimmige SVP-Fraktion, nach intensivem Studium des vorliegenden Budgetentwurfs 2011, heute diesem Rat beantragen, dieses stadträtliche Defizitbudget der Exekutive zur Überarbeitung zurückzuweisen. Dies wird mit einer motivierten Rückweisung geschehen, mit dem Auftrag, ein neues, schlankeres Budget mit gegenüber dieser Version 220 Millionen Franken Einsparungen, auszuarbeiten. Der Stadtrat weiss selber am besten, wo innerhalb des Budgets Prioritäten zu setzen sind, ob eine Ausgabe wirklich zwingend nötig, oder allenfalls nur wünschbar ist. Mit Verlaub, bei einem Budget von über 8 Milliarden Franken sind 220 Millionen Franken, also rund 2,7 Prozent Kürzungen, durchaus möglich und gut vertretbar. Wer in diesem Zusammenhang von „Zürich kaputtsparen“ spricht, befindet sich jenseits jeglicher Realität. Heute geht es nicht ums Sparen im eigentlichen Sinn, sondern lediglich um die Reduktion von zusätzlichen Ausgaben.

Die SVP hofft, dass der Stadtrat von Zürich dieses klare Zeichen, dieses Commitment, auch so versteht, dass er in Zukunft diesem Parlament keine defizitären Budgets mehr vorlegt. Diese Zeiten sind ab heute vorbei.

Wir haben als Parlamentarier, als Vertreter des Volkes, eine Verantwortung gegenüber den Steuerzahlenden unserer Stadt. Die SVP möchte der jüngeren Generation auch in Zukunft noch in die Augen sehen können - und dies mit gutem Gewissen, ohne rot zu werden - und ihr keinen finanziellen Scherbenhaufen hinterlassen. Heute haben wir gemeinsam mit diesem mutigen Schritt die Möglichkeit zu beweisen, dass wir diese Verantwortung wahrnehmen. Die SVP hat einen Auftrag, entsprechend handeln wir nach diesem. Sparen ist schmerzhaft, dessen sind wir uns bewusst. Doch sparen ist nötiger denn je! Die Generationen von morgen werden uns dankbar sein.

0847. 2010/516
Erklärung der FDP-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Rechtzeitig bremsen und Verantwortung übernehmen

Die FDP ist weiterhin besorgt über die Entwicklung der Stadtzürcher Finanzen. Mit dem vom rot-grünen Stadtrat vorgelegten Voranschlag wird 2011 erneut ein Defizit von 220 Mio. Franken budgetiert. Die Rechnung 2010 dürfte gemäss Erwartungsrechnung des Stadtrates mit einem Minus von gegen 170 Mio. Franken abschliessen. Aufgrund der Änderungen bei der Bankengesetzgebung bezüglich Eigenkapitalunterlegung und Konkursmöglichkeiten einzelner Teile der Grossbanken werden bedeutende juristische Steuerzahler in der Stadt Zürich noch länger als erwartet keine Steuern bezahlen. Wenn jetzt nicht die Ausgaben reduziert werden, wie dies jede Firma oder auch ein Privathaushalt bei solchen Aussichten machen muss, wird das Eigenkapital innert kürzester Zeit aufgebraucht sein.

Die FDP hat immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stadt Zürich zu viele Aufgaben zu bürokratisch, zu perfektionistisch, zu detailverliebt und zu teuer wahrnimmt. Die geforderte Überprüfung der Aufgaben und Prioritäten wurde jedoch von der rot-grünen Mehrheit überstimmt. Diese unverantwortlich handelnde politische Mehrheit war in der Vergangenheit in ihrer Ausgabenwut nicht zu bremsen. Jedes Schulhaus soll mit goldenen Türklinken gebaut werden, die Kulturausgaben werden stets einer theoretischen Inflationsrate folgend nach oben angepasst, neue "Kässeli" in der Form von Fonds unter dem Deckmantel Energiesparen und Klimaschutz werden eingeführt. Dies führt dazu, dass neue Stellen aufgebaut werden ohne die Aufgaben und Synergien zu prüfen, und dass auf eine Konsolidierung konsequent verzichtet wird. Nicht erstaunlich ist es daher, dass die seit den Wahlen 2010 übermächtige rot-grüne Mehrheit im Stadtrat nicht bereit ist, übertriebene Ausgaben zu reduzieren. Die SP erdreistet sich sogar, sich öffentlich gegen Sparen auszusprechen und fordert munter weiter Mehrausgaben. Die Antworten auf die Fragen der RPK zeigen jedoch klar, dass in vielen Bereichen Ausgabenreduktionen einfach zu realisieren wären. Dank dem Druck der Medien, hervorgerufen durch den heute zu behandelnden Rückweisungsantrag, kommt nun auch der Stadtrat der seit Jahren durch die FDP geforderten Überprüfung von Aufgaben, selbstgemachten Vorschriften und der Überprüfung von kostentreibenden und übertriebenen Massnahmen nach. Es geht nicht nur um die vom Hochbauvorsteher in der gestrigen NZZ angesprochene Frage, wo Nachhaltigkeit aufhört und wo Luxus beginnt. Es geht auch um die Frage, wo sogar der Luxus aufhört und Ineffizienz und Mittelverschwendung beginnen. Besonders augenfällig ist die erneute Steigerung der Personalausgaben, bedingt durch eine Aufstockung des Personals um fast 400 Stellen. Solche Steigerungen in finanziell schlechten Zeiten will die FDP klar nicht mehr hinnehmen.

Der freisinnige Finanzvorstand Martin Vollenwyder macht seine Arbeit auch unter der links-grünen Stadtratsmehrheit in der Kollegialbehörde sehr gut. Die FDP Fraktion wird ihn auch in Zukunft bei seiner schwierigen Aufgabe, die Ausgaben dieser Stadt auf einem tragbaren Mass zu halten, unterstützen. Dass dies möglich ist, zeigen die Entwicklungen auf Bundesebene. Rot-grüne Gemeinderätinnen haben stets auf die katastrophale Finanzlage des Kantons Zürich hingewiesen und dessen Untergang herbeigeredet. Dank langjähriger, konsequenter freisinniger Finanzpolitik auf Bundesebene ist die Schweiz zum finanziell stabilsten Land in Europa geworden. Auch der Kanton Zürich bewegt sich in die richtige Richtung. Hingegen hat die rot-grüne Mehrheit in den letzten Jahren die Ausgaben in der Stadt Zürich ständig nach oben getrieben. Nun ist der Punkt erreicht, an welchem ihre Ausgabenwut nur durch eine verantwortungsvoll handelnde Mehrheit aus dem Parlament zu stoppen ist. Die FDP weist daher im Namen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Zürich diese übertriebenen Ausgabenpläne und damit das Budget 2011 zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück und erwartet einen ausgeglichenen Voranschlag 2011.

0848. 2010/517
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Arbeitsverweigerung mit gravierenden Folgen

Der pauschale Rückweisungsantrag zum Budget 2011 ist ein Rundumschlag, der einer Allianz zu verdanken ist, welche die SVP mit Freisinn, Grünliberalen, CVP und EVP in stundenlangen Gesprächen geschmiedet hat. Die schwierige Geburt merkt man der Allianz an: Inhalte sind keine ersichtlich, hingegen viel Rhetorik und Symbolik. Mit ihrer Arbeitsverweigerung bezwecken sie ein Zeichen zu setzen und vertuschen damit

den fehlenden inhaltlichen Konsens. Mit dieser Vorgehensweise wird ein Scherbenhaufen in Kauf genommen, welcher nicht so schnell wieder aufgeräumt werden kann. Die Stadt Zürich galt bisher als zuverlässiger Partner für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich, für die städtischen Angestellten aber auch für das städtische Gewerbe. Mit dieser Hauruckübung wird das Vertrauen in die Stadt bleibend beschädigt. Und wenn dann selbständige Gewerbetreibende auf Aufträge der Stadt verzichten müssen, dann werden wir sie daran erinnern, dass es die selbst ernannten Gewerbepolitiker von rechts waren, die ihnen dies eingebrockt haben – und das ganz ohne Not:

Denn der Stadtrat hat einen unaufgeregten und im grossen und ganzen ausgewogenen Voranschlag ausgearbeitet. Das budgetierte Defizit verringert das in den guten Jahren gesparte Eigenkapital in einem Umfang, der angesichts von über 600 Millionen Franken Reserven vertretbar ist. Diese Finanzpolitik, die in den letzten Jahren auch von den Mitteparteien getragen worden ist, soll nun plötzlich falsch gewesen sein? Durch die Unterstützung des Rückweisungsantrags werden CVP und EVP völlig unglaubwürdig. Die SVP kann hingegen frohlocken. Das von ihr alljährlich herunter gebetene Mantra vom Schocksparen geht endlich auf. Dank dem im Hinblick auf die Wahlen verunsicherten Bürgerlichen und Mitteparteien ist es der SVP gelungen, eine Mehrheit für diesen destruktiven und in dessen Auswirkung gefährlichen Rückweisungsantrag zu finden.

Die Grüne Fraktion hat trotz der angekündigten Rückweisung ihre Arbeit getan. Wir sind bereit, auf ein Kongresshaus zu verzichten. Wir sind bereit, beim Winterdienst Abstriche zu machen. Wir sind bereit, bei der Renovation des Parkhauses Hohe Promenade auf den geplanten Schnickschnack zu verzichten. Wir sind aber auch bereit, bei den Schutzraumbauten den Betrag herunter zu fahren. Die Grüne Fraktion ist aber nicht bereit, beim städtischen Personal Einsparungen hinzunehmen. Notwendige neue Stellen sollen geschaffen werden (wie bei der Polizei), und hervorragende Leistungen von einzelnen Angestellten sollen honoriert werden können! Wir wollen auch den Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes in keiner Art und Weise gefährden. Auch in ökologischer Hinsicht sind wir nicht bereit, Abstriche zu machen. Die 2000-Watt-Gesellschaft und der Ausbau des Angebots an Betreuungsplätzen für Kinder entsprechen dem Wille der Stadtzürcher Bevölkerung. Hier haben wir einen Auftrag, den es umzusetzen gilt.

Die Grüne Fraktion wird auch bei der zweiten Version des Budgets 2011 an diesen Grundsätzen festhalten. Wir werden weiterhin ein verlässlicher Partner in grünen und sozialen Anliegen bleiben und alles daran setzen, dass die in unseren Augen schmerzlichen Einschnitte rückgängig gemacht werden. Wir sind zuversichtlich, dass wir dafür Partner und eine Mehrheit finden werden.

Im übrigen ist der Rückweisungsantrag des Budgets 2011 an den Stadtrat rechtlich nicht haltbar. Gemäss §108 Ziff. 1 des Gemeindegesetzes gehört die Festsetzung des Voranschlages zu den wichtigsten Aufgaben eines Gemeindeparlamentes.

Die Bürgerlichen und die Mitteparteien scheren sich anscheinend nicht um gesetzliche Grundlagen – wie sie nun mit ihrem rechtlich nicht haltbaren Rückweisungsantrag zum Budget 2011 zum Ausdruck bringen. Dies ist eine bedenkliche Entwicklung, welche nun auch auf kommunaler Ebene Einzug hält. Ein Rechtsstreit bringt uns jedoch nicht weiter, da die Stadt Zürich möglichst rasch ein Budget für das kommende Jahr braucht, um handlungsfähig zu bleiben.

Der Stadtrat, in welchem weder die SVP, die GLP noch die EVP vertreten sind, wird es nun nach dem Wunsch dieser Parteien richten müssen. Der Job, den er kriegt, ist genauso unmöglich, wie es ein substantieller inhaltlicher Konsens der zusammen gewürfelten Allianz war. Darum ist das gänzliche Abschieben der Verantwortung an den Stadtrat höchstens ein sehr durchsichtiges Buebetrickli. Sicher ist es kein Zeichen von Weisheit, Einsicht oder von echtem Vertrauen in Verwaltung und Stadtrat. Die Arbeitsverweigerung der Mehrheit im Gemeinderat hinterlässt einen äusserst schalen Nachgeschmack.

0849. 2010/518
Erklärung der GLP-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der GLP-Fraktion verliest Gian von Planta (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgabenwachstum stoppen

Die Grünliberale Fraktion fordert ein ausgeglichenes Budget und weist den Voranschlag 2011 zurück. Die GLP bekennt sich zur Nachhaltigkeit. Dieser Begriff umfasst aber nicht nur eine ökologische und eine gesellschaftliche Komponente, sondern auch eine ökonomische. Um ein Gleichgewicht dieser Bereiche herzustellen, können nicht überall Maximal- und Luxuslösungen erwartet werden.

2011 soll die Rechnung der Stadt Zürich zum vierten Mal in Folge mit einem Fehlbetrag von rund 200 Millionen Franken abschliessen. Und bereits 2012 droht gemäss dem Finanzplan des Stadtrats ein Bilanzfehlbetrag.

Die Gründe für die schon zur Gewohnheit gewordenen städtischen Defizite sind sowohl bei den Aufwendungen als auch bei den Erträgen zu suchen – zu finden sind sie auf der Ertragsseite deutlich einfacher. Die Gewinneinbrüche der Grossbanken bedeuten gleichzeitig einen Gewinneinbruch bei der Stadt Zürich. Schwieriger ist die Suche nach Ursachen auf der Aufwandsseite. Seit Jahren steigen die Personal- und

Sachkosten deutlich überproportional zur Teuerung und dem Bevölkerungswachstum. Seit 2002 nahm der Landesindex der Konsumentenpreise um 8.1% zu und die städtische Bevölkerung wuchs um knapp 6%. Im gleichen Zeitraum stiegen die Personalaufwendungen um über 30%, der Sachaufwand um über 40%. Diese Diskrepanz ist für die Grünliberalen weder plausibel noch erwünscht und auch nicht mit zusätzlichen Aufgaben oder dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft, zu der wir uns natürlich nach wie vor bekennen, erklärbar. Stadtrat Vollenwyder erwartet offenbar für 2013 ein ausgeglichenes Budget. Vor Basel III war noch von einem ausgeglichenen Budget im Jahre 2012 die Rede und in der Zwischenzeit haben die Turbulenzen an den Finanzmärkten in Europa wieder dramatisch zugenommen. Solange die jährlichen Ausgaben ungebremst wie in den letzten Jahren weiter wachsen, können wir den Optimismus des Stadtrats nicht teilen. Unseres Erachtens ist Zeit zum Handeln, nicht Zeit zum Hoffen.

Mit der Rückweisung wollen die Grünliberalen den Automatismus der jährlich steigenden Aufwendungen stoppen, das städtische Eigenkapital schonen, die Diskussion über Sinn und Unsinn städtischer Auflagen und Aufgaben lancieren und der zunehmenden Erwartungshaltung gegenüber Stadt und Staat Einhalt gebieten.

0850. 2010/519
Erklärung der CVP-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Sparen – solange es vernünftig möglich ist

Die CVP hat mit Besorgnis vom vorliegenden Budget 2011 des Stadtrates Kenntnis genommen. Der Hintergrund der mittelfristigen Entwicklung und die - gemäss Aussagen des Finanzvorstandes - drohende Gefahr eines strukturellen Defizits haben uns zum Handeln bewogen und zum Mittragen der Entscheidung zur Rückweisung und Überarbeitung des Budgets mit dem klaren Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahre 2011.

Seit Jahren verlangt die CVP ein ausgeglichenes Budget und verstetigte Investitionsausgaben. Nachdem wir letztes Jahr unter dem Eindruck der Finanzkrise einem Budget mit ähnlich hohem Defizit noch zugestimmt haben, ist für uns nun der Moment gekommen, um über die Bücher zu gehen. Mit der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget fordern wir ja nicht die Umsetzung extremer Sparvorschläge, sondern bremsen „nur“ das Ausgabenwachstum!

Die Fraktion der CVP ist der Auffassung, dass der Stadtrat am besten selber weiss, bei welchen Positionen er Einsparungen vornehmen kann, um das Ziel erreichen zu können. Wir haben das Vertrauen in den Finanzvorstand, dass er das Ziel eines ausgeglichenen Budgets zielgerichtet umsetzen wird und umsetzen kann.

Für die Fraktion der CVP äussert sich verantwortungsvolle liberal-soziale, aber auch christliche Politik dadurch, dass wir möglichst vermeiden, zukünftigen Generationen Fehlbeträge zu hinterlassen. Daher geben wir lieber bereits heute Gegensteuer und weisen das Budget zur Überarbeitung an den Stadtrat zurück, solange die städtischen Finanzen noch mit verhältnismässig moderaten Vorschlägen ins Lot zu bringen sind. Ich erinnere daran, dass die Sparübungen in den neunziger Jahren viel einschneidendere Folgen hatten.

Die CVP erwähnte bereits bei der Beratung der Rechnung 2009, dass die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat sei. Für die Fraktion der CVP ist daher zurzeit klar, dass auf sogenannte „Nice to have“-Ausgaben verzichtet werden muss, ohne dabei den Blick auf notwendige Visionen für ein zukünftiges Zürich zu verlieren.

Für die Fraktion der CVP hat aber auch das Parlament Verantwortung zu übernehmen und Glaubwürdigkeit zu beweisen. Mittwoch für Mittwoch werden hier in diesem Saal dem Stadtrat Wünsche und Aufträge erteilt, die nicht selten in irgendeiner Form zu (Mehr-) Ausgaben führen. Diese Haltung muss in Zukunft kritischer werden.

0851. 2010/520
Erklärung der AL-Fraktion vom 08.12.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Seid vernünftig

Die vor uns stehende Budgetdebatte hat das Zeug, als denkwürdiger Anlass in Erinnerung zu bleiben:

- denkwürdig, weil die Leithammel von FDP, CVP, GLP und EVP am 4. November öffentlich geschworen haben, dass ihre Herden hinter den Budgetchaoten der SVP hertröten müssen;
- denkwürdig, weil die um ihre Ehre bangenden Faktions- und Gruppenchefs von FDP, CVP, GLP und EVP ihre Gschpändli auch heute noch daran hindern wollen, ihre eigene Meinung kund zu tun;
- denkwürdig, weil die 64 Mehrheitsmänner und Mehrheitsfrauen im Hochgefühl ihrer neugewonnenen Stärke auf den dem Gemeinderat vom Gesetz übertragenen Auftrag, auf das Jahresende hin ein Budget festzusetzen, pfeifen.

Der Stadtrat hat im September einen Voranschlag vorgelegt, der von einem Ausgabenüberschuss von 206 Millionen Franken ausgeht. Mit dem Novemberbrief ist das Minus auf 220 Millionen erhöht worden. Das von den Erfigens und Liebis dieses Rats prophezeite Desaster können wir in diesem Budgetantrag nicht erkennen. Trotzdem ist das Defizit auch für uns kein Anlass zur Freude.

Wir finden es nicht toll, wenn in den kommenden Jahren für die 220 Millionen 6 Millionen Franken mehr an Zinsen zu zahlen sind; 6 Millionen Franken, die wiederkehrend für Infrastrukturbauten, für Leistungen im Bildungswesen, der Pflege oder der Kinderbetreuung fehlen werden.

Wir wissen, dass die vorliegenden Zahlen nicht einfach Ausdruck eines konjunkturellen Einbruchs, sondern auf eine sich öffnende Schere zurückzuführen sind – eine Schere zwischen den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung und den nicht mehr in gleichem Masse steigenden und zwischenzeitlich sogar gesunkenen Erträgen.

- Erträge, die die Jungmannschaften von FDP und SVP mit ihrem Referendum gegen den Finanzausgleich weiter schmälern wollen und die der aus der Hauseigentümerlobby stammende Vizepräsident dieses Rates mit dem HEV-Angriff auf die Grundstückgewinnsteuer attackiert – beides Fakten, die das bürgerliche Lamento über das dahinschmelzende Eigenkapital der Stadt Zürich nicht glaubwürdiger machen.
- Erträge, die auf der anderen Seite von einer Mehrheit der Vernunft des Gemeinderats – zu der neben der SP, den Grünen und der AL auch die EVP gehörte – mit dem Gemeindereferendum gegen die vom Kantonsrat beschlossene Abschaffung der Kapitalsteuer zu verteidigen versucht.

Weil wir finanzpolitische Fakten zur Kenntnis nehmen, hat sich die AL wie jedes Jahr zusammen mit den Grünen am Budget des Stadtrats zu schaffen gemacht. Wir haben Anträge formuliert, die den Ausgabenüberschuss um rund 17 Millionen Franken reduzieren. Es sind Anträge, die zeigen, dass auch das Budget 2011 der Stadt Zürich verbessert werden kann, ohne dass Leistungen gekürzt werden müssen. Anträge, die nicht auf die Wirkung von Schocktherapien hoffen, wie sie uns die Doktor/-innen der NZZ empfehlen.

Die von der SVP formulierte Alternative zu überlegten Kürzungsanträgen ist der finanzpolitische Kahlschlag, den sie immer schon gefordert hat. Sie will 220 Millionen aus dem Budget raushauen – ohne Rücksicht auf die Verwüstungen, die solche Kürzungen in der Verwaltung, bei den Menschen, die auf die Leistungen der Stadt angewiesen sind, und bei den GeschäftspartnerInnen, die auf die Verlässlichkeit des Gemeinwesens zählen, anrichten werden. Eine finanzpolitische Chaosstrategie, die weitere Steuersenkungen für die Reichen durchsetzen will und auf Privatisierung von Infrastrukturleistungen setzt, damit uns private Monopolisten noch mehr abzocken können.

Der Vorschlag der SVP ist nicht nur fatal für die Stadt – er ist auch absurd. Es gibt in der Stadt Zürich zwar einen finanzpolitischen Handlungsbedarf. Eine an Irland oder Griechenland gemahnende Notfallübung braucht es aber nicht, weil es kein anderes Gemeinwesen in der Schweiz gibt, das so grundsollide aufgestellt ist wie die Stadt Zürich.

Das wissen die Kolleginnen von EVP und CVP – und auch die weiseren Leute aus GLP und FDP: Sie alle spekulieren darauf, dass der Stadtrat den kargen Motivationsteil des SVP-Rückweisungsantrags übersehen und uns einen neuen Budgetantrag mit einem Defizit von 100 - 140 Millionen Franken vorlegen wird. Es gibt Mitglieder, die solche Wünsche nicht nur hinter vorgehaltener Hand, sondern laut und deutlich verbreiten.

In der politischen Auseinandersetzung über die Stränge zu hauen, mag zum Tagesgeschäft eines Parlaments gehören. Mit unseriösen Rückweisungsanträgen zu politisieren und irreparable Flurschäden in Kauf zu nehmen sollte ein Gemeinderat, der ein 8-Milliarden-Budget für 390'000 Einwohnende und 26'000 Angestellte festzusetzen hat, ein Gemeinderat, der Ernst genommen werden will, jedoch unterlassen.

Deshalb legt die AL einen alternativen Rückweisungsantrag vor, der allen, die der finanzpolitischen Chaospolitik der SVP nicht länger folgen wollen, eine Brücke baut. Es ist auch heute noch möglich, vernünftig zu werden!

Unser Rückweisungsantrag, gibt dem Stadtrat einen realistischen Auftrag:

- der nicht auf Leistungsabbau setzt;
- der klar festhält, dass bei der Bildung, bei der Kinderbetreuung, dem ökologischen Umbau und bei den mit den Personalverbänden vereinbarten Leistungen nicht gespart werden darf;
- der die Bereiche benennt, in denen über die Anträge von AL und Grünen hinausgehende Potentiale für eine Ausgabenreduktion vorhanden sind.

Falls sich abzeichnen sollte, dass die Mehrheit des Rates auf das Budget eintreten wird, ziehen wir unseren Rückweisungsantrag sofort zurück.

Kommt es zur Eventualabstimmung über die beiden Rückweisungsanträge, hoffen wir auf den Pragmatismus und die Vernunft der Kolleg/-innen von SP und Grünen.

Wenn wir unterliegen, müssen die Menschen dieser Stadt, denen die bunte Fünfer-Koalition Leistungen kürzen will, zusammen mit den Städtischen das Wort ergreifen und sich zur Wehr setzen.

0844. 2010/393
Weisung vom 15.09.2010:
Voranschlag (Budget) 2011

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintretensdebatte.

Anträge der RPK

Rückweisungsantrag 1

Der Voranschlag 2011 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat einen neuen Voranschlag vorzulegen, der folgende Rahmenbedingungen einhält:

1. Reduktion der Ausgaben, so dass die laufende Rechnung ausgeglichen wird.
2. Keine Erhöhungen von Steuern, Gebühren, Abgaben und Bussen.

Rückweisungsantrag 2

Der Voranschlag 2011 wird mit der Aufforderung an den Stadtrat zurückgewiesen, dem Gemeinderat einen neuen Voranschlag vorzulegen, der folgende Rahmenbedingungen einhält:

1. Reduktion des Ausgabenüberschusses der laufenden Rechnung um 70 auf 150 Mio. Franken.
2. Keine Einsparungen im Vergleich zum Entwurf vom 15. September 2010 inkl. Novemberbrief vom 10. November 2010
 - a. bei der Kinderbetreuung;
 - b. in der Volksschule, insbesondere beim Hortausbau;
 - c. bei den Projekten für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft;
 - d. bei den individuellen Lohnerhöhungen gemäss SLSplus.
3. Priorität bei den Kosteneinsparungen sollen haben
 - a. Plafonierung der Abschreibungen für Investitionen im Verwaltungsvermögen durch Streichung oder Verschiebung von Investitionsprojekten, die nicht der direkten Versorgung der Bevölkerung dienen;
 - b. Plafonierung der IT-Kosten durch Streichung oder Verschiebung von nicht betriebsnotwendigen Projekten;
 - c. Plafonierung und Reduktion der Aufwendungen für den Unterhalt von Strassen und der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, soweit dies vertretbar ist;
 - d. Reduktion der Ausgaben der Verwaltung für temporäre Aktionen Öffentlichkeitsarbeit, Aufträge an Dritte, Aufträge an Dritte für Planung, Projektierung und Beratung (Konten 3107, 3180, 3182, 3186).
4. Keine Gebühren- und Steuererhöhungen.

Abstimmung (gleichgeordnete Anträge)

Rückweisungsantrag 1	Zustimmung:	Monika Erfigen (SVP), Referentin; Präsident Dr. Urs Egger (FDP), Vizepräsident Theo Hauri (SVP), Samuel Dubno (GLP), Urs Schmid (FDP)
Rückweisungsantrag 2	Zustimmung:	Walter Angst (AL), Referent

Die Beratung wird unterbrochen und an der Abendsitzung wieder aufgenommen (siehe Protokoll 38. Ratssitzung).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

0852. 2010/510

Postulat von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) vom 06.12.2010: Stabilisierung der Stellenzahl der städtischen Verwaltung ab 2012

Von Christoph Spiess (SD) und Patrick Blöchlinger (SD) ist am 6. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die Gesamtstellenzahl bei der städtischen Verwaltung und den Gemeindebetrieben auf längere Sicht stabilisiert werden kann.

Begründung:

Die Gesamtzahl der Stellenwerte nimmt seit vielen Jahren ständig zu, so auch im Budgetjahr 2011 wieder um fast 400. Wenn diese Entwicklung nicht gebremst wird, droht dem städtischen Finanzhaushalt eine strukturell bedingte Ausgabenüberlastung, die kaum mehr zu beseitigen ist. Die andauernde Stellenvermehrung führt nicht nur zu einer entsprechenden Erhöhung des Personalaufwandes, sondern auch zu enormen zusätzlichen Infrastrukturkosten (Büros, IT-Ausrüstung etc.). Zwar leuchtet ein, dass vom übergeordneten Recht vorgegebene neue Aufgaben, sinnvolle Verbesserungen beim öffentlichen Verkehr etc. die Schaffung neuer Stellen mitunter unvermeidlich machen. Auch ist selbstverständlich, dass die Stadt Zürich ihre soziale Verantwortung gegenüber dem Personal wahrnehmen und bestehende Stellen nur im Rahmen der normalen Fluktuation (Pensionierungen, Kündigungen seitens der ArbeitnehmerInnen, Wechsel auf andere Stellen innerhalb der Verwaltung etc.) aufheben soll. Wenn aber stets auch die bestehenden Verwaltungstätigkeiten auf ihre Notwendigkeit und auf mögliche Vereinfachungen hin überprüft werden, sollte es trotzdem möglich sein, das Stellenwachstum zumindest deutlich abzubremsen.

Mitteilung an den Stadtrat

0853. 2010/511

Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 06.12.2010: Stabilisierung der IT-Ausgaben ab 2012

Von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) ist am 6. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie ab 2012 die IT-Ausgaben auf längere Sicht stabilisiert werden können.

Begründung:

Computer sind aus der modernen Arbeitswelt nicht mehr wegzudenken. Auch der Einsatz der Informatik soll aber auf eine wirtschaftlich vernünftige Weise erfolgen. Nachdem mittlerweile Computer fast überall eingesetzt werden, wo dies überhaupt möglich ist, müsste man meinen, dass das Wachstum der Informatik-Ausgaben abflachen und die allgemeine Teuerung nicht mehr wesentlich übersteigen sollte. IT-Abteilungen haben indessen überall auf der Welt die Neigung, sich aufzublähen und immer neue, noch aufwendigere Datenverarbeitungssysteme und damit oft Sachzwänge für weitere, noch teurere Projekte zu schaffen. So läuft es offensichtlich auch bei der Stadt Zürich. Belief sich der Aufwand für "Organisation und Informatik" in der Rechnung 2009 noch auf 98,68 Mio. Franken, wurden für 2010 schon 144,25 Mio. Franken budgetiert und sollen gemäss Voranschlag im Jahr 2011 164,72 Mio. Franken aufgewendet werden. Ob dieses enorme Wachstum der IT-Kosten anderswo zu entsprechenden Einsparungen führt, erscheint als fraglich, nimmt doch der reale (teuerungsbereinigte) Personal- und Sachaufwand trotzdem fast überall in der Stadtverwaltung weiterhin ständig zu. Unter diesen Umständen drängt es sich auf, den (auch anhand der Differenzbegründungen im Budget erkennbaren) Wildwuchs von IT-Projekten einzudämmen und so die Informatik-Kosten zu stabilisieren.

Mitteilung an den Stadtrat

0854. 2010/512**Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 06.12.2010: Beschränkung des Leistungsauftrags der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) auf den Vollzug des Asylgesetzes**

Von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) ist am 6. Dezember 2010 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, die möglichst baldige Beschränkung des Leistungsauftrags an die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) auf den eigentlichen Vollzug des Asylgesetzes zu prüfen.

Begründung:

Die Gemeinde wird mit der zwangsweisen Übernahme von Asylanten im Umfang von 0,5 % der Wohnbevölkerung bereits hinreichend belastet. Es genügt völlig, dass der Bund uns ein solches Asyl(un)wesen aufzwingt. Dieses wäre ja an sich schon überflüssig, weil es rund um die Schweiz weit und breit keine Staaten gibt, die irgend jemandem einen Anlass zur Flucht geben. Es ist nicht sinnvoll, unsere Stadt mit zusätzlichen Angeboten wie z.B. einem "Internetcafé für junge Schwarze" für kaum assimilierbare Zuwanderer aus völlig fremden Kulturkreisen noch attraktiver zu machen. Da die allermeisten Personen, die als Asylbewerber hierher kommen, bekanntermassen ohnehin keine politischen Flüchtlinge sind und der Anteil von Gesuchen, die letztlich gutgeheissen werden, dementsprechend gering ist, besteht bei dieser Personengruppe auch kein "besonderes Integrationsbedürfnis". Vordringlich wäre vielmehr, solche Zuwanderer mit absehbar befristetem Aufenthaltsrecht eben gerade nicht zu integrieren, sondern einzig ihre möglichst baldige Heimreise vorzubereiten und aktiv zu fördern.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

0855. 2010/521**Schriftliche Anfrage von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) vom 08.12.2010: Entlastungsmassnahmen für die Schulen**

Von Fabienne Nicole Vocat (Grüne) ist am 8. Dezember 2010 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten, die untenstehenden Fragen zu Entlastungsmöglichkeiten in den Schulen zu beantworten. Der Schlussbericht zum kantonalen Projekt Belastung-Entlastung hat die Belastungen in den Schulen und entsprechende Entlastungsmöglichkeiten für Kanton und Gemeinden aufgezeigt.

1. Welche Entlastungsmassnahmen plant die Stadt Zürich für ihre Schulen?
2. Die Hauptsache der Überlastung wird in der anfallenden Masse an administrativem Aufwand geortet. Bewertet die Stadt Zürich das auch so? Wieso nicht? Wenn ja, wie will die Stadt den administrativen Aufwand in den Schulen reduzieren?
3. Bis anhin müssen Schulleitungen und Lehrpersonen in den Schulen Sekretariatsfunktionen übernehmen. In der Antwort auf die Motion 2007/232 behauptet der Stadtrat, dass die Vollzeiteinheiten für Sekretariate von den Vollzeiteinheiten für Schulleitungen abgezweigt werden müssten. Dies bezieht sich jedoch nur auf Entlastungen der Schulleitungen bezüglich ihrer Schulleitungsfunktionen. Diese können nicht beliebig ausgedehnt werden um zusehends anwachsende Administrationsbereiche abzudecken. Gemäss Organisationsanalyse vom 23. Dezember 2009 sind im Schulamt total 106.1 Stellenprozent mit Unterstützungsfunktionen zugunsten der Schuleinheiten vorhanden. Sieht der Stadtrat hier die Möglichkeit, Ressourcen aus dem Schulamt in die Schulen umzulagern?
4. Die Schulen verfassen jedes Jahr den sogenannten Q-Bericht (Qualitätsbericht). Die zwingend zu verwendende Vorlage für diesen Bericht ist als Tabelle stark formalisiert. Damit ist die Lesbarkeit massiv eingeschränkt. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?
5. Die Erstellung der Berichte sowie die Prüfung in den Aufsichtskommissionen verursachen einen nicht vertretbaren Aufwand. Ist der Stadtrat auch der Ansicht, dass als Sofort-Entlastungsmassnahme auf die Q-Berichte zu verzichten ist oder diese zumindest auf den (lesbaren) Management Summary Teil zu beschränken? Wenn nein wieso nicht?
6. Der Adressat der über 100 Q-Berichte ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartementes. Liest er

- alle Berichte? Falls nein: Wer liest diese Berichte und welchen Nutzen bringt er? Falls ja: Welcher zeitliche Aufwand und welcher Nutzen ist mit dem Durchlesen verbunden?
7. In welchem Verhältnis steht nach Ansicht des Vorstehers des Schul- und Sportdepartementes Aufwand und Ertrag dieser Berichte?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 0856. 2010/430**
Dringliche Schriftliche Anfrage von Claudia Simon (FDP) und 33 Mitunterzeichnenden vom 06.10.2010:
Aufhebung der Abend- und Nachtparkplätze an der Höggerstrasse, Albisriederstrasse, am Letziggraben, an der Ackersteinstrasse und Breitensteinstrasse

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 1927 vom 24. November 2010).

- 0857. 2010/301**
Schriftliche Anfrage von Dr. Daniel Regli (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 07.07.2010:
Stadtentwicklung Zürich, Zielsetzung und Ergebnisse der Gremien

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1923 vom 24. November 2010).

- 0858. 2010/346**
Schriftliche Anfrage von Sacha Walker (GLP) vom 25.08.2010:
Sanierung Badeanstalt Oberer Letten, Projektanpassung und Auslastung Frauendeck

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1941 vom 24. November 2010).

- 0859. 2010/363**
Schriftliche Anfrage von Jacqueline Badran (SP), Niklaus Scherr (AL) und 34 Mitunterzeichnenden vom 01.09.2010:
Revision des Zürcher Steuergesetzes, Auswirkungen auf die Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1924 vom 24. November 2010).

- 0860. 2010/364**
Schriftliche Anfrage von Urs Rechsteiner (CVP) vom 01.09.2010:
Handlungskriterien der Fachstelle «Kunst am Bau»

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1928 vom 24. November 2010).

- 0861. 2010/365**
Schriftliche Anfrage von Jacqueline Badran (SP) und 46 Mitunterzeichnenden vom 01.09.2010:
Auswirkung der Hotels und Businessappartements auf die Wirtschaft der Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1926 vom 24. November 2010).

- 0862. 2010/366**
Schriftliche Anfrage von Jürg Ammann (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 01.09.2010:
Freiwilligenarbeit in der Stadt Zürich

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1929 vom 24. November 2010).

Nächste Sitzung: 8. Dezember 2010, 17 Uhr.